



MORNING NEWS

8. Juni 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.759,05	-185,90	-0,75	24.944,95	DJ 30	50.866,78	-695,15	-1,35	51.561,93
MDAX	32.466,60	-335,01	-1,02	32.801,61	NASDAQ	28.957,60	-1.450,21	-4,77	30.407,81
TEC DAX	4.154,96	-22,02	-0,53	4.176,98	Nikkei 225	63.965,55	-2.622,57	-3,94	66.588,12
Euro Stoxx50	6.062,07	-41,26	-0,68	6.103,33	Hang Seng	24.668,59	-293,36	-1,18	24.961,95
Bund Future	125,33	-0,20	-0,16	125,53	Euro / US-\$	1,1531	0,00	0,08	1,1522
Gold in US-\$	4.311,08	-17,37	-0,40	4.328,45	Öl (Brent) US-\$	97,08	3,99	4,29	93,09
Bitcoin / US-\$	62.756,54	905,01	1,46	61.851,53	Ethereum / US-\$	1.660,34	32,52	2,00	1.627,82

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.436	-323
NASDAQ Future	29.107,75	+81,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	160,24	-1,24	-0,01	161,48	184,77	3.822.405,00
Nokia OJ	12,47	-0,62	-0,05	13,09	14,38	185.183.792,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Auftragseingang (m/m)	April	08:00	-2,0% (5,0%)
D	Auftragseingang (y/y), WDA	April	08:00	4,8% (6,3%)
EWU	Sentix Investorvertrauen	Juni	10:30	-14,0 (-16,4)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,44 (1,33)	10-jährige Bonds	-0,531	4,54%
Volumen NASDAQ	11,50 (8,98)	30-jährige Bonds	-0,484	5,00%

(/)=Vortag

Ein **überraschend starker US-Arbeitsmarktbericht** hat am Freitag die **Zinssorgen** der Anleger neu entfacht und eine Verkaufswelle an der Wall Street ausgelöst. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss 1,4 Prozent tiefer auf 50.867 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 gab 2,6 Prozent auf 7384 Zähler nach und beendete damit eine neunwöchige Gewinnserie. Der Index der Technologiebörse Nasdaq stürzte um 4,2 Prozent auf 25.709 Punkte ab.

Im Mai wurden nach Angaben des Arbeitsministeriums 172.000 neue Stellen und damit mehr als doppelt so viele wie von Analysten erwartet geschaffen. Die Arbeitslosenquote verharrte bei 4,3 Prozent. Die robusten Daten werteten Börsianer als Zeichen für eine starke Wirtschaft, sie machten jedoch zugleich Hoffnungen auf baldige Zinssenkungen durch die US-Notenbank (Fed) zunichte. An den Finanzmärkten wird nun sogar eine Wahrscheinlichkeit von knapp 43 Prozent für eine Zinserhöhung im Dezember eingepriesen.

Zusätzlich belasteten **schwindende Hoffnungen auf eine rasche Lösung im Iran-Krieg** die Stimmung, da eine anhaltende Blockade der Straße von Hormus die Energiepreise und damit die Inflation weiter anheizen könnte.

Besonders hart traf es die in den vergangenen Wochen stark gestiegenen Technologie- und Halbleiterwerte. Der **Philadelphia-Halbleiterindex** brach so stark ein wie seit März 2020 nicht mehr, wodurch mehr als eine Billion Dollar an Börsenwert vernichtet wurden. "Nach der Rekordjagd der letzten neun Wochen bei Aktien, insbesondere bei Technologie- und Halbleiterwerten, sind heute einfach alle Dämme gebrochen", sagte Ryan Detrick, Chef-Marktstrategie der Carson Group. Ohsung Kwon, Aktienstrategie bei Wells Fargo, erklärte, die Marktreaktion sei eher durch Gewinnmitnahmen als durch fundamentale Daten getrieben. Der Halbleitersektor sei stark überkauft gewesen, das Ende des Bullenmarktes sei dies jedoch nicht.

Unter den Einzelwerten gaben die Papiere des nach Marktwert größten Unternehmens **Nvidia** um 6,2 Prozent nach. Die Aktien der Konkurrenten **Intel, Micron, AMD** und **Broadcom** rutschten zwischen 7,9 und 13,3 Prozent ab. Auch Kryptowerte gerieten unter Druck: **Coinbase** und **MicroStrategy** verloren im Sog eines Kursrückgangs der Cyberwaise **Bitcoin** von 4,1 Prozent rund sieben Prozent an Wert. Unterdessen teilte S&P Global mit, die Aufnahmekriterien für seine wichtigsten Indizes nicht zu ändern. Damit ist ein schneller Einzug des Raumfahrtunternehmens SpaceX von Elon Musk in den S&P 500 nach dem geplanten Börsengang faktisch ausgeschlossen.

Abseits des Technologiesektors sorgten Unternehmenszahlen für deutliche Kursbewegungen. Die Aktien von **Lululemon** brachen um 8,6 Prozent ein. Der Sportbekleidungshersteller hatte seine Jahresgewinnprognose gesenkt und für das zweite Quartal Ergebnisse in Aussicht gestellt, die deutlich unter den Erwartungen der Wall Street lagen.

Gegen den Trend legten die Papiere von **Cooper Companies** um 8,6 Prozent zu. Der Hersteller von Kontaktlinsen hatte mit seinen Ergebnissen für das zweite Quartal die Schätzungen der Analysten übertroffen.

US Unternehmen

Nvidia treibt den **Ausbau von KI-Rechenzentren** nach eigenen Angaben mit neuen **Partnerschaften in Südkorea** voran. Der US-Chipkonzern habe am Montag anlässlich eines Besuchs von Firmenchef Jensen Huang Vereinbarungen mit **SK Hynix, Naver** und **Doosan** bekanntgegeben, meldete die Nachrichtenagentur *Reuters*. Finanzielle Details wurden nicht genannt.

Der US-Softwarekonzern **OpenAI** plant einem Zeitungsbericht zufolge den bislang größten Umbau seines KI-Chatbots **ChatGPT**. Die Anwendung solle zu einer sogenannten Super-App mit Programmierwerkzeugen und KI-Agenten ausgebaut werden, um den Umsatz vor einem möglichen Börsengang anzukurbeln, berichtete die "Financial Times" am Sonntag unter Berufung auf mehr als ein Dutzend aktuelle und ehemalige Mitarbeiter. Die Änderungen seien Teil einer umfassenden Umstrukturierung bei OpenAI. Das Unternehmen wolle sich verstärkt auf lukrative Firmenkunden konzentrieren und den Wettbewerb mit dem Rivalen Anthropic verschärfen (*Reuters*).

Beim Streamingdienst **Netflix** rückt der langjährige Direktor **Jay Hoag** zum **Vorsitzenden des Verwaltungsrats** auf. Er folgt auf **Reed Hastings**, der aus dem Verwaltungsrat des von ihm vor fast drei Jahrzehnten mitgegründeten Unternehmens ausscheidet. Das teilte der Streaming-Anbieter am Freitag in einer Pflichtmitteilung an die US-Börsenaufsicht SEC mit. Hoag habe die Rolle nach der jährlichen Hauptversammlung am 4. Juni übernommen. Er gehört dem Netflix-Verwaltungsrat seit 1999 an und war dort mehr als ein Jahrzehnt lang das führende unabhängige Mitglied (*Reuters*).

Nach einer Kursverdreifung im laufenden Jahr rückt der US-Chipentwickler **Marvell Technology** in den US-Aktienindex **S&P 500** auf. Die Papiere legten nach der Ankündigung des Indexanbieters S&P Dow Jones Indices vom Freitag im nachbörslichen Handel um weitere sechs Prozent zu. Das Unternehmen ersetzt vor Handelsbeginn am 22. Juni den Schwimmbadausrüster **PoolCorp** in dem Börsenbarometer (*Reuters*).

Der Facebook-Konzern **Meta** erwägt einem Pressebericht zufolge eine **Kapitalerhöhung** im Umfang von mehreren zehn Milliarden US-Dollar. Das Geld solle in die Entwicklung der KI-Infrastruktur fließen, berichtete die *"Financial Times"* am Freitag auf ihrer Onlineseite. Meta hatte Ende April Investitionen von 125 und 145 Milliarden Dollar in Aussicht gestellt. Die vorherige Spanne hatte bei 115 bis 135 Milliarden Dollar gelegen.

Marktmeldungen

Bundeskanzler Friedrich Merz hat klargestellt, dass auf dem **Treffen mit den Sozialpartnern** am Mittwoch im Kanzleramt keine Entscheidungen getroffen werden. "Es wird keine neue konzertierte Aktion geben", sagte der CDU-Vorsitzende am Samstag auf dem CDU-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern in Linstow. Man werde gemeinsam beraten und überlegen, was man tun könne. "Dann werden wir am Tag darauf wieder zurückgehen an unsere jeweilige Arbeit - die Gewerkschaften, die Arbeitgeber und die Industrieverbände und die Koalition", fügte Merz hinzu. "Damit bleibt die Verantwortung der Politik natürlich in vollem Umfang bestehen." Allerdings machte der Kanzler klar, er erwarte von den Gewerkschaften und Industrieverbänden, dass diese sich untereinander verständigten. Er habe die vier Gewerkschafts- und vier Wirtschaftsvertreter gebeten, bis kommenden Mittwoch vorzuschlagen, was sie gemeinsam von der Politik fordern. "Ich erwarte, dass die Beteiligten, Gewerkschaften wie die Industrie und Arbeitgeberverbände, dies auch am nächsten Mittwoch tun." (Reuters).

Der **Chef der konservativen Parteiengruppe im Europa-Parlament** EVP, Manfred Weber, fordert eine **schärfere Gangart gegenüber China**. "Die Zeit der Naivität ist vorbei. Wir müssen europäische Interessen klarer, härter und konsequenter verteidigen", sagte der CSU-Vize der *"Bild am Sonntag"*. Das Handelsdefizit gegenüber China von fast einer Milliarde Euro pro Tag sei nicht länger tragbar. "Es gefährdet Europas Wirtschaft, unsere industrielle Basis und hochwertige Arbeitsplätze." "Entweder wir wehren uns, oder China macht Teile unserer Industrie platt", sagte Weber.

Die E3-Staaten **Deutschland, Frankreich und Großbritannien** und die **Ukraine** haben **schriftliche Bedingungen** vorgelegt, unter denen sie zu **direkten Gesprächen mit Russland** bereit sind. "Sie unterstützten den Vorschlag für einen direkten Dialog zwischen der Ukraine und Russland – unter aktiver Beteiligung der USA und Europas –, um einen Waffenstillstand herbeizuführen und weitere Verhandlungen zu unterstützen", heißt es in einer am Sonntagabend bei einem Treffen der Staats- und Regierungschefs in London beschlossenen Erklärung. In der Erklärung wird zuvor ein sofortiger Waffenstillstand Russlands gefordert. "Die derzeitige Kontaktlinie sollte als Ausgangspunkt für Verhandlungen dienen", heißt es weiter. In deutlicher Abgrenzung von den gescheiterten Vermittlungsversuchen der US-Regierung wird betont, dass internationale Grenzen nicht mit Gewalt verändert werden dürften und die Ukraine das souveräne Recht habe, ihre eigenen Sicherheitsvorkehrungen und Bündnisse zu wählen. Die USA hatten etwa einen Nato-Beitritt der Ukraine aus Rücksichtnahme auf Russland abgelehnt (Reuters).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj hat den **britischen Premierminister** Keir Starmer über den **Bedarf an zusätzlichen Raketen für die Luftabwehr** seines Landes informiert. Bei einem Gespräch am Sonntag hätten die beiden Politiker zudem ihre Positionen vor den anstehenden Gipfeln der G7 und der Nato sowie vor Treffen der sogenannten Koalition der Willigen abgestimmt, teilte Selenskyj auf der Plattform X mit. Ein weiteres Thema sei der Schutz der ukrainischen Energieinfrastruktur und die Vorbereitung auf den kommenden Winter gewesen (Reuters).

In **Litauen** haben die regierenden Sozialdemokraten die populistische Partei **Nemunas Dawn** aus der **Regierungskoalition** ausgeschlossen. Sie solle nun durch die Mitte-Rechts-Partei **"Für Litauen"** ersetzt werden, um die knappe Mehrheit im Parlament zu sichern, teilte Parteichef Mindaugas Sinkevicius am Samstag mit. Der Vorsitzende von Nemunas Dawn war wegen Antisemitismus verurteilt worden. "Wir waren geduldig, (...) aber wir sehen, dass sich der Vorsitzende zunehmend radikalisiert, während das Land Stabilität braucht", sagte Sinkevicius nach einer Sitzung der Parteiführung (Reuters).

US-Präsident Donald Trump will nach eigenen Worten keinen Druck auf den neuen **Fed-Chef** Kevin Warsh ausüben - und mahnt zugleich angesichts der guten Arbeitsmarktsituation zu Zinssenkungen. "Es gibt keinen Grund, die Zinsen



anzuheben", sagte er im Gespräch mit dem US-Sender NBC News mit Blick auf den anstehenden Zinsentscheid der US-Notenbank Federal Reserve Mitte Juni (bloomberg).

Die **US-Regierung** erwägt einem Zeitungsbericht zufolge den Kauf der **Chagos-Inseln** von Mauritius, um die Kontrolle über den strategisch wichtigen Militärstützpunkt Diego Garcia zu sichern. Das Weiße Haus prüfe einen Plan, Großbritannien zu umgehen und ein eigenes Abkommen mit dem Inselstaat zu schließen, berichtete die Zeitung "Telegraph" am Sonntag. Dies sei eine von mehreren Optionen, um zu verhindern, dass der britische Premierminister Keir Starmer die Souveränität über die Inselgruppe im Indischen Ozean an Mauritius abtritt.

Laut **US-Präsident** Donald Trump verfügt der **Iran** immer noch über "**einige Raketen und Drohnen**". In einem Interview mit dem US-Sender NBC News sagt Trump: "Sie haben wahrscheinlich noch 21 bis 22 Prozent ihrer Raketen. Das sind eine Menge Raketen, aber es ist nicht mehr das, was es war, als wir zum ersten Mal angegriffen haben."

Die Situation im Nahen Osten eskaliert erneut. In **Bahrain** und **Kuwait** heulen die Alarmsirenen. Die Bevölkerung wird aufgefordert, Schutz zu suchen. Nach Angaben staatlicher Medien ist die kuwaitische Flugabwehr im Einsatz gegen **Raketen- und Drohnenangriffe** unbekannter Herkunft. Das **US-Militär** teilte in der Nacht zum Samstag mit, der Iran habe sieben ballistische Raketen auf Kuwait und Bahrain abgefeuert. Sechs der Raketen seien abgefangen worden, die siebte habe ihr Ziel nicht erreicht. Es habe keine amerikanischen Verletzten gegeben. Die **iranischen Revolutionsgarden** (IRGC) bezeichneten die Angriffe auf US-Stützpunkte in Kuwait und Bahrain in einer Mitteilung als Vergeltung für US-Attacken auf iranische Stellungen im Golf. Zudem hätten die IRGC vier **Öltanker** beschossen, die versucht hätten, die Straße von Hormus ohne ihre Genehmigung zu durchfahren.

Die **iranischen Revolutionsgarden** (IRGC) drohen mit einer vollständigen Schließung der **Straße von Hormus** für Öl- und Gasexporte. Die USA würden für die Folgen verantwortlich gemacht, sollten ihre "Machenschaften" andauern, heißt es in einer Erklärung. Das US-Militär weist indessen iranische Angaben zurück, wonach das Hauptquartier der Fünften Flotte der US-Marine in Bahrain beschädigt worden sei (Reuters).

US-Streitkräfte schießen nach eigenen Angaben zwei **iranische Angriffsdrohnen** über der **Straße von Hormus** ab. Die Drohnen hätten den Schiffsverkehr bedroht, teilt das US-Militär mit (Reuters).

Das **israelische Militär** teilt mit, der **Iran** beschieße Israel mit **Raketen**. Bislang seien alle **von Iran abgeschossenen Raketen** abgefangen worden. Der Beschuss aus dem Iran sei aber noch nicht beendet (Reuters).

Das **israelische Militär** hat nach Regierungsangaben "**terroristische**" **Stützpunkte** in den südlichen Vororten der libanesischen Hauptstadt **Beirut** angegriffen. Die Angriffe auf die als Dahiyeh bekannte Hochburg der Hisbollah sei eine Reaktion auf den Beschuss israelischen Gebiets durch die Gruppe, wie Premierminister Benjamin Netanjahu und Verteidigungsminister Israel Katz in einer gemeinsamen Erklärung mitteilen (Reuters).

Der **oberste iranische Unterhändler** Mohammad Bager Ghalibaf droht auf der Plattform X mit **erneuten Angriffen**. Die Seeblockade der USA gegen den Iran und die US-Erlaubnis an Israel, Angriffe im Libanon zu eskalieren, machten **US-Stützpunkte** und **israelische Einrichtungen im Nahen Osten** zu legitimen Zielen. "Sie halten sich weder an einen Waffenstillstand noch glauben sie an den Dialog, und durch die Seeblockade und die Verletzung von Vereinbarungen bezüglich des Libanon haben sie gezeigt, dass sie nur die Sprache der Macht verstehen", so Ghalibaf. US-Präsident Donald Trump hatte zuvor gesagt, der Libanon müsse nicht Teil eines kurzfristigen Abkommens mit dem Iran sein. Israel hatte am Sonntag erstmals wieder Vororte der libanesischen Hauptstadt Beirut angegriffen und dies mit vorherigen Angriffen der Hisbollah-Miliz begründet (Reuters).

US-Präsident Donald Trump sagt dem Sender Fox News, er sei **nicht glücklich damit, dass Israel Ziele in Beirut angegriffen habe**. Der US-Präsident fordert gleichwohl den **Iran** auf, an den **Verhandlungstisch** zurückzukehren. Er sei eigentlich davon ausgegangen, dass eine Vereinbarung mit dem Iran am Montag, Dienstag oder Mittwoch unterzeichnet werden könne und nun passiere so etwas. Dem Portal Axios sagt Trump, bei dem iranischen Beschuss Israels sei niemand

verletzt worden und er hoffe, dass Israel nicht mit Gegenschlägen reagieren. Man stehe kurz vor einer endgültigen Vereinbarung mit dem Iran und er wolle nicht, dass dieses Vorhaben nun platze (Reuters).

Der **israelische Ministerpräsident** Benjamin Netanjahu wird nach den Worten von **US-Präsident** Donald Trump ein **künftiges Abkommen der USA mit dem Iran** akzeptieren müssen. "Er wird keine Wahl haben", zitiert die Zeitung "*Financial Times*" den US-Präsidenten aus einem Interview. Trump macht darin deutlich, wer bei den Verhandlungen die Bedingungen diktiert: "Ich habe das Sagen. Ich habe absolut das Sagen. Er hat nicht das Sagen." Netanjahu müsse sich jedem Deal beugen, den die USA mit der Führung in Teheran aushandeln, berichtet das Blatt weiter.

Die **israelische Luftwaffe** hat in der Nacht zum Montag **militärische Ziele im Iran** angegriffen und sich damit über Warnungen von US-Präsident Donald Trump hinweggesetzt. Die Angriffe richteten sich nach israelischen Militärangaben gegen Ziele im Westen und Zentrum des Landes. Dabei setzte Israel nach Angaben der iranischen Revolutionsgarden luftgestützte ballistische Raketen ein, wie die staatliche Nachrichtenagentur Irna meldete. In der Hauptstadt Teheran waren der iranischen Nachrichtenagentur Mehr zufolge Explosionen zu hören. Auch nahe der Stadt Karadsch, etwa 40 Kilometer außerhalb von Teheran, gab es Insidern zufolge eine Detonation, berichtete die Nachrichtenagentur Nournews (Reuters).

US-Präsident Donald Trump will **eingefrorene iranische Vermögenswerte** erst **nach dem Abschluss eines Friedensabkommens** freigeben. Auch **Sanktionen** würden erst dann aufgehoben, sagt er in der *NBC-Sendung* "Meet the Press". Diese Schritte würden erst danach in Betracht gezogen, wenn sich der Iran entsprechend verhalte. Der **Libanon** müsse nicht Teil eines kurzfristigen Abkommens mit der Regierung in Teheran sein. "Ich denke, dass sie das gerne hätten, aber ich verlange es nicht." Die USA stünden sehr kurz vor einer Einigung, andernfalls werde er das Land massiv angreifen, droht Trump erneut. Der Präsident zeigt sich zudem bereit, mit dem **geistlichen Oberhaupt des Iran**, Ajatollah Modschtaba Chamenei, zu sprechen (Reuters).

Die **US-Regierung** will einem Insider zufolge nach iranischen Angriffen auf Kuwait und Bahrain **iranische Vermögenswerte** zur **Entschädigung an Golfstaaten** umleiten. Damit sollten künftige, durch den Iran verursachte Schäden ausgeglichen werden, sagte eine mit den Überlegungen vertraute Person am Samstag. US-Finanzminister Scott Bessent habe zudem ein Team beauftragt, die Höhe der bereits entstandenen Schäden zu ermitteln. Die USA zögen in Betracht, auch für diese Entschädigungen iranische Vermögenswerte zu verwenden. Welche Art von Vermögenswerten die Regierung in Washington ins Auge fasst, wurde nicht präzisiert. Die Wortwahl deute jedoch darauf hin, dass es sich nicht nur um eingefrorene Gelder handeln müsse (Reuters).

Die **USA** fordern vom **Iran** genaue **Informationen über den Zustand der bombardierten Atomanlagen** und die **Bestände an angereichertem Uran**. Dies geht aus einem Resolutionsentwurf der Vereinigten Staaten hervor, der im Vorfeld einer Sitzung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) an andere Länder im Gouverneursrat der IAEA weitergeleitet wurde und der *Reuters* vorliegt. Der Iran müsse der Behörde die Dokumentation über Atommaterial und seine bewachten Atomanlagen zur Verfügung stellen, heißt es darin. Zudem müsse der Organisation unverzüglich jeglicher Zugang gewährt werden, den sie zur Überprüfung dieser Informationen benötigt.

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj verurteilt den **russischen Drohnenangriff** auf ein **Lager für abgebrannte Brennelemente** nahe dem **Atomkraftwerk Tschernobyl** als "extrem niederträchtig". Russland habe das Gebiet gezielt angegriffen, schreibt Selenskyj auf X. Eine Drohne vom Typ Schahed habe eines der Gebäude der Anlage getroffen. Es handle sich um eine äußerst kritische Infrastruktureinrichtung (Reuters).

Bei **russischen Angriffen** auf die südostukrainische Region **Saporischschja** sind nach Angaben der örtlichen Behörden fünf Menschen getötet worden. Zudem seien 14 Personen verletzt worden, teilt der Gouverneur der Region, Iwan Fedorow, auf dem Kurzmitteilungsdienst Telegram mit. Russland habe das Gebiet mit Luftangriffen und Artillerie beschossen. Dabei seien Infrastruktur, Wohngebäude und Autos beschädigt worden (Reuters).



Bei einem **ukrainischen Drohnenangriff** auf einen Zug auf der von Russland annektierten Halbinsel **Krim** wurde nach russischen Angaben ein Mensch getötet. Der Assistent des Lokführers sei ums Leben gekommen und der Lokführer sei verletzt worden, teilte der von Moskau eingesetzte Gouverneur Sergej Aksjonow auf Telegram mit. Die Passagiere des Zuges, der zwischen Moskau und Simferopol verkehrt, blieben unversehrt. Zudem heulten in der russischen Hafenstadt Noworossijsk am Schwarzen Meer örtlichen Behörden zufolge die Luftalarmsirenen wegen möglicher Drohnenangriffe (Reuters).

Das **ukrainische Militär** teilt mit, es habe ein **Öldepot** und einen **Ölterminal** in der russischen Region **Leningrad** getroffen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte zuvor erklärt, das Militär habe zudem ein weiteres russisches Öldepot in der Region **Krasnodar** getroffen (Reuters).

Der **De-facto-Botschafter der USA** in **Taipeh**, Raymond Greene, hat **Taiwan** zu **verstärkten Rüstungsanstrengungen** aufgerufen. Auf einem Forum sagte er am Samstag, die Inselrepublik müsse Lehren aus den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten ziehen, um das **militärische Gleichgewicht mit China** zu wahren. "Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Taiwan nicht nur mehr für seine eigene Verteidigung ausgibt, sondern auch intelligenter", erklärte Greene. Unbemannte Systeme seien der beste Weg, um sofortige Abschreckung zu erzielen. Drohnen veränderten den Charakter der Kriegsführung und böten Taiwan enorme Möglichkeiten (Reuters).

Kim Yo Jong, Schwester von Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un, hat den Status ihres Landes als Atomwaffenmacht für nicht verhandelbar erklärt. **Nordkoreas Status als Nuklearwaffenstaat** sei eine "unumkehrbare Realität - unabhängig davon, ob andere ihn anerkennen oder nicht", teilte die 38-Jährige über die staatliche Nachrichtenagentur KCNA mit. Feindliche Kräfte sollten ihre "Tagträume von einer Denuklearisierung aufgeben", sagte Kim weiter. Damit erteilte Kim Yo Jong diplomatischen Bemühungen für eine nukleare Abrüstung Nordkoreas eine klare Absage (dpa/AFX).

Die **japanische Wirtschaft** hat im Quartal von Januar bis März im Vergleich zu den vorangegangenen drei Monaten wegen schleppender Unternehmensinvestitionen an Schwung verloren. Dies geht aus am Montag veröffentlichten, revidierten Daten zum **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) hervor. Das BIP wuchs im ersten Quartal aufs Jahr hochgerechnet um 1,8 Prozent, teilte das Kabinettsbüro mit. Ein Wert von 2,1 Prozent war zunächst geschätzt worden. Die mittlere Prognose von Volkswirten hatte bei einem Wachstum von 1,3 Prozent gelegen. Das BIP wuchs ohne Hochrechnung um 0,5 Prozent. Dies übertraf die mittlere Prognose von 0,3 Prozent leicht und entsprach dem vorläufigen Wert (Reuters).

Banken

Die italienische Bank **Banco BPM** will den Rivalen **Banca Monte dei Paschi di Siena** (MPS) übernehmen. BPM kündigte am Sonntag an, MPS zu Gesprächen über eine Fusion einzuladen. Allerdings könnte es zu einem Bieterwettkampf kommen: Auch die Konkurrenten **Intesa Sanpaolo** und **BPER Banca** erwägen Insidern zufolge ein Angebot für das ehemals staatlich gerettete Geldhaus Monte dei Paschi. Der BPM-Verwaltungsrat habe einstimmig beschlossen, MPS eine "Fusion unter Gleichen" vorzuschlagen, teilte die Bank mit (Reuters).

Finanzdienstleistungen

Nach den jüngsten Turbulenzen und dem massiven Kurseinbruch der **Partners-Group**-Aktie hat Firmenmitgründer Fredy Gantner eine **aktivere Kommunikation gegenüber Anlegern** angekündigt. "Wir müssen definitiv besser und proaktiver kommunizieren", sagte er in einem am Samstag veröffentlichten Gespräch mit der *"SonntagsZeitung"*. Er sprach von einer "schmerzhaften Lektion".

Öl & Gas

Das Ölkartell **Opec+** hat erneut eine **Erhöhung seiner Förderziele** beschlossen. Die sieben Kernmitglieder der Gruppe verständigten sich darauf, ihre Quoten ab Juli um rund 188.000 Fass pro Tag zu erhöhen, wie sie am Sonntag mitteilten. Es ist bereits die vierte Anhebung innerhalb von vier Monaten. Insgesamt haben sie somit seit April die Förderziele um



fast 600.000 Barrel pro Tag erhöht. Allerdings können einige Mitglieder wegen des Iran-Krieges nicht mehr fördern, da sie das Öl aufgrund der Blockade der Straße von Hormus nicht verschiffen können (Reuters).

Der **Chef des russischen Ölkonzerns Rosneft**, Igor Setschin, wirft den **USA** eine **Umgestaltung der globalen Energiemärkte zum eigenen Vorteil** vor. US-Energieunternehmen seien die Hauptprofiteure der Blockade der Straße von Hormus, sagte Setschin am Samstag auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg. US-Firmen hätten sich durch die Situation Wettbewerbsvorteile verschafft. Zudem warnte der Vertraute von Präsident Wladimir Putin, dass auch andere wichtige Seewege wie die Straße von Malakka, die Meerenge Bab al-Mandab und die Straße von Gibraltar von Störungen bedroht sein könnten, ohne konkreter zu werden (Reuters).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Die weltweite Luftfahrtbranche hat ihre **Gewinnprognose für das Jahr 2026** wegen des Nahost-Konflikts fast halbiert. Der **Weltluftfahrtverband IATA** rechnet nun mit einem Nettogewinn der Branche von 23 Milliarden Dollar, wie er am Sonntag mitteilte. Zuvor war er von rund 41 Milliarden Dollar ausgegangen. Als Gründe nannte der Verband gestiegene Treibstoffkosten und gestörte Flugkorridore. Die IATA vertritt mehr als 370 Fluggesellschaften, die etwa 85 Prozent des weltweiten Flugverkehrs abwickeln (Reuters).



STEU BING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

